

AfA Rhein-Neckar

Rechenschaftsbericht 2014 - 2015



v.l.n.r. : Yasar Oral, Daria Becker (Beisitzerin), Dorothea Diekmann, Cordula Becker (Kreisvorsitzende), Alexander Leonhard (stellv. Vorsitzender), Sebastian Sandrisser, Gerhard Balner (stellv. Vorsitzender), Armin Wojdschiski (Kreisvorsitzender HD), Jörg Bertermann (stellv. Vorsitzender), Klaus Grün (Beisitzer)

Unsere Erklärung zum 1. Mai: Gute Politik für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer!

Die SPD regiert in Land und Bund. Als treibende Kraft in den Koalitionen machen wir gute Politik für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, damit man von der Arbeit gut leben kann. Unsere sozialdemokratische Bilanz kann sich sehen lassen:

Der Mindestlohn ist da!

Seit dem 1. Januar 2015 gilt der gesetzliche Mindestlohn von 8,50 Euro deutschlandweit für alle Branchen. Das ist ein Meilenstein in der Geschichte unseres Sozialstaats. Über 4 Millionen Beschäftigte, darunter viele Frauen, profitieren davon und erhalten endlich verdienten Lohn für ihre Arbeit. Wirksame Kontrollen sorgen dafür, dass der Mindestlohn nicht unterlaufen werden kann. Mehr als 100 Tagen nach seiner Einführung ist klar: Der Mindestlohn ist kein Jobkiller, die vielfach heraufbeschworenen Horrorszenarien sind nur vorgeschoben und nicht eingetreten.

Das Rentenpaket – Anerkennung für Lebensleistung

Unser Rentenpaket ist ein klares Zeichen für Gerechtigkeit und Solidarität. Wer 45 Jahre in die Rentenkasse eingezahlt hat, kann zwei Jahre früher abschlagsfrei in Rente gehen. Mütter von vor 1992 geborenen Kindern erhalten einen Rentenpunkt mehr angerechnet. Die Erwerbsminderungsrente wurde erhöht, das Budget für Reha- Leistungen aufgestockt.

Mehr Chancengleichheit

Mit dem Gesetz zur gleichberechtigten Teilhabe für Frauen in Führungspositionen in der Wirtschaft ist ein erster Schritt getan. Nachdem freiwillige Vereinbarungen mit der Wirtschaft nichts bewirkt haben, müssen künftig die Aufsichtsräte von börsennotierten und mitbestimmten Unternehmen mit mindestens 30 Prozent Frauen besetzt sein oder die Plätze werden nicht besetzt. Nach wie vor beträgt der Einkommensunterschied zwischen Frauen und Männern 22 Prozent. Um diese direkte Lohndiskriminierung zu beseitigen, wollen wir ein Entgeltgleichheitsgesetz auf den Weg bringen.

Die Inklusion voranzubringen, ist uns ein wichtiges Anliegen. Damit Menschen mit Behinderungen selbstbestimmt in allen Lebensbereichen teilhaben können, wurden im Land und im Bund Behindertenbeauftragte eingesetzt. Besondere Schwerpunkte liegen dabei auf der Inklusion im Erwerbsleben sowie der Sicherstellung der Barrierefreiheit.

Gegen Armut und Lohndumping

In Baden- Württemberg wird Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanziert. Mit dem Landesprogramm „Gute und sichere Arbeit“ werden Langzeitarbeitslose und Jugendliche ohne Berufsausbildung zu fairen Bedingungen wieder in Arbeit gebracht. Menschen mit Gesundheitsproblemen sowie Alleinerziehende werden schrittweise in einen Job hineingeführt. Wir setzen uns für gute Bildungschancen für Kinder ein, denn Erwerbslosigkeit darf sich nicht vererben.

Das Tariftreuegesetz verpflichtet Land, Kommunen und öffentliche Arbeitgeber zur Auftragsvergabe an tariftreue Unternehmen, und verhindert so Dumpinglöhne.

Qualifizierung beugt Armut vor, weil sie höhere Einkommen ermöglicht und besseren Schutz vor Arbeitslosigkeit bietet. Deshalb haben wir uns dafür eingesetzt, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Baden- Württemberg jetzt Anspruch auf Bildungsfreistellung von bis zu 5 Arbeitstagen pro Jahr.

Dies alles haben wir Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern versprochen und - gehalten!

Unser Stand am 1. Mai in Heidelberg der AsF RNK und AfA Heidelberg



1. Mai 2015 Heidelberg

10.00 Uhr Demonstration
Bismarckplatz
Abbruch: 18.30 Uhr

11.00 Uhr Kundgebung
Marktplatz

Thomas Wenzel
DGB Kreisvorsitzender Heidelberg Rhein-Neckar

Rudolf Dreßler
Ehrenvorsitzender der sozialdemokratischen
Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA)

Musik: 2-Plugged Akustik-Cover & More Band
Patricio Padilla, Lieder aus Chile

Spielplatz, Spaß mit dem Suppenrad
Mitglieder der DGB Gewerkschaften, politischen Parteien und Selbsthilfegruppen

Für Speisen und Getränke durch die Heidelberger Dienste ist bestens gesorgt.

Von: H. E. D. DGB Kreisverband Heidelberg Rhein-Neckar

Als Redner war der **Ehrenvorsitzende der AfA Rudolf Dreßler** gekommen, der uns für unseren unermüdlichen Einsatz für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dankte und unseren traditionellen Stand auf dem Marktplatz lobte.

Mit dabei: Lothar Binding MdB, Alex Leonhardt, Ursula Wertheim, Cordula Becker, Jörg Bertermann, Mirjam Schaf, Sebastian Sandrisser, Daria Becker, Gerhard Balner und Anna Oehne-Marquard.



AfA Rhein-Neckar hier: Alter Bahnhof 1868 Sinsheim

24. Mai - Sinsheim -



Unser nächstes "Arbeitsfrühstück" findet in Sinsheim im "Alten Bahnhof 1868" um 10:30 Uhr statt. Vorbei schauen, mit machen, reinschnuppern? Alle Mitglieder, Freunde, GewerkschafterInnen, Nichtmitglieder und / oder Interessierte sind herzlich willkommen mit zu diskutieren oder Ideen einzubringen.



Bildungszeitgesetz tritt heute in Kraft - ein Kommentar



Kommentar des stellvertretenden AfA- Kreisvorsitzenden Jörg Bertermann:

Das Bildungszeitgesetz wurde im Koalitionsvertrag von Grün- Rot vereinbart. Nun wurde das Bildungszeitgesetz im Landtag verabschiedet und erlangt am 1. Juli Gesetzeskraft. Ein Erfolg für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Baden- Württemberg. Dies ist auch ein Erfolg für die AfA Rhein- Neckar und der AfA Baden- Württemberg.

Die AfA Rhein- Neckar hatte hierzu auf einer Kreismitgliederversammlung vor ca. 1,5 Jahren einen entsprechenden Antrag eingebracht, mit dem Ziel, dass das Bildungszeitgesetz endlich als Gesetz im Landtag verabschiedet wird. Dieser Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen und ist dann auf dem Landesparteitag in Reutlingen beschlossen worden. Ich frage mich nun warum die Umsetzung von einem Koalitionsbeschluss zum Gesetz solange gedauert hat? Hatte hier die Landesregierung Angst vor einer Konfrontation mit dem Arbeitgeberlager und der Opposition, die sich schon im Vorfeld der Koalitionsverhandlungen gegen das Bildungszeitgesetz ausgesprochen hatten. Dass die Landesregierung bei diesem Gesetz einen wichtigen und guten Partner an seiner Seite hatte, nämlich den DGB und seine Einzelgewerkschaften darf auch nicht vergessen werden.

Leider konnten nicht alle Punkte im Bildungszeitgesetz umgesetzt werden, die wir von der AfA gefordert hatten. Diese Punkte können nach einer gewissen Zeit in einer neuen Legislaturperiode überprüft werden und aufgenommen werden.

Für mich ist das Bildungszeitgesetz ein Instrument, um den aufkommenden Fachkräftemangel in einigen Branchen ein wenig zu stoppen. Ebenso wird dadurch ein Instrument geschaffen um das Thema lebenslanges Lernen zu verwirklichen. Auch wird durch das Bildungszeitgesetz das Ehrenamt gestärkt, da durch das Bildungszeitgesetz auch Schulungen für das Ehrenamt durchgeführt werden können. Dies wird Baden- Württemberg als Ehrenamtsland weiter nach vorne bringen. Was lange währt, ist nun endlich ein gutes Gesetz für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Baden- Württemberg geworden. Wir werden das Bildungszeitgesetz auch weiterhin kritisch und konstruktiv begleiten.

Fakten zum Bildungszeitgesetz in Baden- Württemberg:

Die berufliche Weiterbildung ist ein wichtiger Beitrag zur Fachkräftesicherung. Außerdem geht es in einem funktionierenden demokratischen Gemeinwesen auch um gesellschaftliche Teilhabe und damit um die politische Bildung seiner Bürgerinnen und Bürger.

Das heute in Kraft tretende Gesetz vereint dies und sieht konkret vor, dass

- Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind bis zu fünf Tage im Jahr zur Teilnahme an Maßnahmen der beruflichen oder politischen Weiterbildung unter Fortzahlung ihrer Bezüge freizustellen
- es gibt eine Freistellung zur Fortbildung im Bereich des Ehrenamts

Einen Anspruch darauf hat,

- wer mehr als zwölf Monate in einem Arbeitsverhältnis steht.
- bei Auszubildenden und Studierenden der Dualen Hochschule Baden- Württemberg erstreckt sich die Fünf- Tage- Regelung auf die gesamte Ausbildungs- und Studiendauer.
- Lehrer haben in der unterrichtsfreien Zeit Anspruch auf Bildungsurlaub
- Lehrbeauftragte an Hochschulen entsprechend in der vorlesungsfreien Zeit.

Ausgenommen von der Freistellungspflicht sind kleine Betriebe mit bis zu neun Beschäftigten.

Veröffentlicht am 01.07.2015

Sommerempfang für Betriebs- und Personalräte



v.l.n.r.: Daria Becker, Cordula Becker, Leni Breymaier (ver.di-Landesleiterin BW und stellv. SPD-Landesvorsitzende BW), Jörg Bertermann und Gerhard Balner.

Gestern fand der traditionelle AfA- Sommerempfang für Betriebs- und Personalräte in Stuttgart Heslach statt. Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen und die SPD BW hatten zum Dialog mit den Gewerkschaften und den Betriebs- und Personalräten aus ganz Baden- Württemberg eingeladen. Auch die AfA Rhein- Neckar war mit Mitarbeitervertretern aus unserer Region dabei. Besonders freute uns, dass nun seit 1. Juli 2015 das Bildungszeitgesetz (5 Tage bezahlte Freistellung für berufliche, politische oder ehrenamtliche Bildung) verankert wurde, zu dem wir einen Antrag auf dem SPD Landesparteitag gestellt hatten. Hieran haben Gewerkschaften und SPD

gemeinsam lange gearbeitet, um dies den Beschäftigten und Ehrenamtlichen zu ermöglichen. Die Unternehmen werden langfristig erkennen, dass sie positiv davon profitieren. Gerade im Digitalen Zeitalter ist beruflich lebenslanges Lernen unerlässlich, betonte der stellvertretende Ministerpräsident und Finanzminister Nils Schmid.

Es sei bekannt, dass die Kritiker des Mindestlohns mit dem Argument der „schwierigen“ Dokumentationspflicht diesen wieder abschaffen wollen, so Generalsekretärin Katja Mast, obwohl viele Beschäftigte, gerade auch Frauen, davon profitieren. Wir als AfA Rhein- Neckar finden es ist nur fair, Arbeitszeit verlässlich, sowohl für Arbeitgeber wie Beschäftigte, festzuhalten. In den meisten Firmen ist dies schon gut geregelt und beugt Missverständnissen, sowie gerichtlichen Lösungen, vor. Nun wollen die Arbeitgeberverbände ans Arbeitszeitgesetz, um den Mindestlohn zu umgehen, machte Leni Breymaier, Landesleiterin ver.di Baden- Württemberg, die Betriebs- und Personalräte aufmerksam. Wieso sollen Menschen wieder 12 oder 13 Stunden arbeiten? Die Gewerkschaften sind erfreut, dass die SPD an ihrer Seite steht, um sich für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit Verbesserungen einzusetzen.

Schwierige Themen seien aktuell TTIP, die Rentenreform und das kürzlich im Bundestag beschlossene Tarifeinheitsgesetz, so Breymaier. TTIP führe zu massiver Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und der Bezahlung, dies müsse gestoppt werden. Die Rentenreform mit der Mütterrente sei zwar nicht völlig falsch, aber betreffe nur einen kleinen Teil der Menschen. Das eingeführte Tarifeinheitsgesetz müsse schnellstens wieder abgeschafft werden, denn es verstöße gegen das Grundgesetz und greife massiv in das Streikrecht ein. Die Gewerkschaft ver.di werde dagegen klagen, denn so würden die Beschäftigten für sich eines ihrer wenigen Mittel verlieren, bessere Arbeitsbedingungen zu erreichen.

Als AfA Rhein- Neckar begrüßen wir die Verbesserungen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Baden- Württemberg sehr, so die Kreisvorsitzende Cordula Becker im Gespräch mit den Betriebs- und Personalräten. Gemeinsam schaffen wir gute Arbeit im Ländle und man sähe deutlich, wie wichtig es sei, dass die SPD auch in den kommenden Jahren weiter regiere und mit den Gewerkschaften nah an den wichtigen Themen sei.

Veröffentlicht am 14.07.2015

Flüchtlinge: Eine gemeinsame Verantwortung – Gewalt darf nicht der Maßstab sein

Letzten Freitag sind im Rhein- Neckar- Kreis (Sinsheim) weitere Flüchtlinge angekommen. Sie kommen momentan in der Messehalle unter und das DRK und die Feuerwehr helfen tatkräftig bei der Organisation. Ihnen, wie auch vielen anderen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern, gehören unser Respekt und unsere Dankbarkeit. Sie tragen dazu bei, dass Menschen, die nicht grundlos ihrer Heimat den Rücken kehren und oft durch Bedrohung kurzfristig fliehen müssen, sich in ihrer Not willkommen bei uns fühlen.

Leider ist dies nicht überall so, wie man immer wieder aus Heidenau oder auch anderen Orten hört. Dort meinen Menschen mit extremen, rechtem Gedankengut, die Meinungen von Politikern und Zuständigen, wie auch von Bürgerinnen und Bürgern, durch Gewaltandrohungen beeinflussen zu können. Sie wollen die anstehenden Aufgaben nicht lösen, sondern mit Steinen, Brandbomben und direkter Gewalt vor Flüchtlingsunterkünften verdrängen. Die AfA Kreisvorsitzende Rhein- Neckar, Cordula Becker, dazu: „Diese unmenschliche und antidemokratische Haltung und die Gewalttaten dürfen nicht beeinflussen, wie wir mit Flüchtlingen umgehen.“

Gestern besuchte Bundeswirtschaftsminister und SPD Bundesvorsitzender Sigmar Gabriel das sächsische Heidenau, wo er plädierte: „Man darf diesen Typen, die sich in den vergangenen Tagen in Heidenau ausgebreitet haben, keinen Millimeter Raum geben.“ Daraufhin wurde heute Mittag eine Bombendrohung gegen die SPD-Parteizentrale in Berlin ausgesprochen. Generalsekretärin Yasmin Fahimi erklärte dazu, dass davon ausgegangen wird, dass es sich dabei um einen rein politischen Akt handle, die SPD aber keinen Millimeter von ihrer klaren Haltung abweichen werde.

Umso mehr begrüßt die AfA Rhein- Neckar daher, dass das Gesicht des Fußball-Bundesligisten TSG 1899 Hoffenheim, Präsident Peter Hofmann, in einem Interview mit der Rhein- Neckar- Zeitung klar Stellung bezieht und die Flüchtlinge willkommen heißen möchte: „Wir werden Kontakt aufnehmen und zum nächsten Heimspiel eine Einladung aussprechen, um den Flüchtlingen eine Freude zu bereiten. Die Anzahl spielt keine Rolle.“

Veröffentlicht am 27.08.2015

Zu Gast beim Antikriegstag des DGB Heidelberg / Rhein-Neckar am 1. September 2015 in Heidelberg



AfA Rhein-Neckar
hier: Heidelberger Altstadt/Bismarckplatz



1. September - Heidelberg -

Heute waren wir zu Gast bei der Demo des DGB Kreisverband Heidelberg Rhein-Neckar zum Antikriegstag. Gute Arbeit und eine vernünftige Sozialpolitik können wir nur in Zeiten von Frieden richtig gestalten. Wir müssen dazu beitragen, dass unser Land seiner gewachsenen Verantwortung für ein friedliches Zusammenleben der Völker gerecht wird.

Hier alles zum Tag und den Forderungen:

<http://nordbaden.dgb.de/.../++co++46065280-2a1b-11e5-a195-525...>



Bundesweite Konferenz „Betriebsräte im Visier“ am 17. Oktober im Gewerkschaftshaus Mannheim:

<p>Betriebsräte im Visier</p> <p>Bossing, Mobbing & Co.</p> <p>Was tun?</p> <p>Konferenz</p> <p>mit betroffenen KollegInnen aus verschiedenen Branchen, Albrecht Kieser (work-watch), Klaus-Dieter Freund (Rechtsanwalt) und vielen anderen. Musik: Meltem</p> <p>Samstag, 17. Oktober '15</p> <p>13.00 - 19.00 Uhr</p> <p>Gewerkschaftshaus Mannheim Hans-Böckler-Str. 1, 68161 Mannheim</p> <p>www.gegen-br-mobbing.de</p> <p>Mit freundlicher Unterstützung von IG Metall Mannheim, ver.di Rhein-Neckar, work-watch Köln sowie IG BCE Ortsgruppe Weinheim und IGM-Vertrauenskörperleitung Alstom Mannheim (Stand 19.09.15).</p>	<p> AfA Rhein-Neckar 8. Oktober </p> <p>Mobbing von BetriebsrätInnen ist undemokratisch, unmenschlich und ein Angriff auf die Vertretungen der Mitarbeiterinnen in Betrieben. Deshalb sind wir Teil des Solikomitee gegen BR-Mobbing. Die Einladung zur diesjährigen bundesweiten Konferenz findest du hier: http://gegen-br-mobbing.de/</p> <p><i>Mit unseren Mitgliedern:</i></p> <p>Cordula Becker, Gerhard Balner und Sebastian Sandrisser</p> <p> AfA Rhein-Neckar 20. Oktober </p> <p>Mit über 100 Teilnehmer*innen fragte sich das "Solikomitee gegen BR Mobbing" in der Metropolregion, was tun gegen BR Bossing, Mobbing und Co.? 2016 soll es eine weitere Konferenz dazu geben.</p>
--	---

Betriebsräte im Visier - zweite bundesweite Konferenz

Die zweite Konferenz „Betriebsräte im Visier - Bossing, Mobbing Co.“ fand am 17.10.2015 im Gewerkschaftshaus Mannheim statt. Dort wurde wirksamen Schutz für betriebliche Interessenvertretungen gefordert und dass Bossing und Mobbing von Betriebsräten, so wie die Bedrohung ihrer Familien und das teilweise Existenz bedrohende System gemeinsam bekämpft werden muss.

In einem Grußwort unterstrich Klaus Stein, 2. Bevollmächtigter der IG Metall Mannheim, die Notwendigkeit eines aktiven gewerkschaftlichen Vorgehens gegen BR- Mobbing und dankte den Gastgebern, dem Solikomitee gegen BR Mobbing für ihr Engagement für betroffene Betriebsräte. Erst durch die Arbeit des Komitee wurde in der Metropolregion das System transparent und er wünsche sich, dass die Arbeit weitergehe und es weitere gemeinsame Vernetzungen gäbe.

Albrecht Kieser von work watch Köln überbrachte eine Botschaft von Günter Wallraff, der sich nicht nur mit dem Anliegen der Konferenz solidarisierte, sondern den von Unternehmerangriffen betroffenen Betriebsräten

seine Unterstützung zusicherte.

Am Beispiel Hyundai - „Gewerkschaftsbekämpfung und BR- Mobbing - ein Weltkonzern sieht rot“ wurde die systematische Bekämpfung von gewerkschaftlich organisierten Interessenvertretungen aufgezeigt. Dabei standen vor allem die skandalösen Vorgänge bei Hyundai in Rüsselsheim im Mittelpunkt, aber es konnten auch die noch skrupelloseren Vorgehensweisen des Konzerns zum Beispiel in

Tschechien, den USA, Indien und Südkorea beleuchtet werden. Diese folgen alle den fast gleichen Schemata.

In den Saaldiskussionsbeiträgen zeigte sich schnell, durch Aussagen von ehemaligen und noch aktiven Betriebsräten, dass auch die Angriffe in Deutschland und der Metropolregion dem Muster von Naujoks und Co. folgen und Hyundai dies bis ins kleinste Detail pervertiert hat.

Rechtsanwalt Klaus- Dieter Freund warf einen kritischen Blick auf die Rolle der deutschen Arbeitsgerichtsbarkeit. Er stellte eine "Amerikanisierung" der Verhältnisse im hiesigen Arbeitsrecht fest, die zu einer "asymmetrischen Auseinandersetzung" führe und die Rechtsposition von gewerkschaftlich organisierten Betriebsräten massiv beschädige. Betriebsräte können gerichtlich das Beschlussverfahren nutzen, um Rechte einzuklagen, wenn nichts mehr hilft im Umgang mit der Geschäftsleitung oder Unternehmensleitung.

Es gibt zwei Verfahrensarten:

- Beschlussverfahren, hier muss der Richter/die Richterin den kompletten Sachverhalt untersuchen
- Urteilsverfahren, hier wird nur untersucht, was vorgetragen wird, die vorhandenen Belege oder Beweise

Will man den Betriebsrat schwächen, wird ein einzelner Betriebsrat oder die wehrhaften Betriebsräte, meist die gewerkschaftlich organisiert sind, wegen irgendeiner angeblichen Verfehlung im Betrieb mit Individualklagen angegriffen und oft erst einmal gekündigt (Verdachtskündigung), dies findet dann im Rahmen eines Urteilsverfahren statt, der komplette Sachverhalt muss nicht berücksichtigt werden. Werden von Geschäftsleitungen (GL) einzelne Betriebsräte herausgepickt, verdreht sich die inhaltliche Wirklichkeit. Außerdem können Geschäftsleitungen ihre Vertreter*innen vor Gericht vorher anweisen im Rahmen des Direktionsrechts, keine Unterlagen usw. vorzulegen. Im Gütetermin wird dann verhandelt, obwohl die GL keine Beweise vorlegt und der Betroffene kommt in die Bringsituation ohne, dass die GL etwas Konkretes vorgelegt hat. Eigentlich geht es aber gar nicht um Betriebsrat xy, sondern um die Schwächung des Betriebsrats als Interessenvertretung der Mitarbeiter*innen.

In einem Podiumsgespräch berichteten Kollegen am Beispiel der Konflikte bei Enercon in Magdeburg, H&M in Trier und nora systems in Weinheim vom erfolgreichen Widerstand gegen BR- Mobbing. Nur durch aktive gewerkschaftliche Solidarität, konsequentes Verteidigen der eigenen Rechte und eine öffentliche Skandalisierung der Vorgänge konnte die Kündigung von Betriebsräten bekämpft werden können.

Eine Folgekonferenz ist für das Jahr 2016 in Mannheim geplant.

Die über 100 Teilnehmer*innen der Konferenz „Betriebsräte im Visier“ verabschiedeten folgende EntschlieÙung:

"Gewerkschaftsbekämpfung und Mobbing gegen Betriebsräte - keine Einzelfälle, sondern ein flächendeckender Skandal!"

Seit einiger Zeit sind wachsende Angriffe auf engagierte Betriebsräte und Gewerkschaftsmitglieder zu verzeichnen. Ziel ist zuerst die Lähmung und dann die Ausschaltung der betroffenen Kolleginnen und Kollegen.

In der Regel werden nur einzelne Fälle in den Medien bekannt. Die große Dimension dieses weitgehend ignorierten Skandals, das System der aggressiven Einschüchterung, des offenen Rechtsbruchs und der brutalen Existenzvernichtung, das hinter diesen „Fällen“ im Urteilsverfahren steckt, wird nur selten beleuchtet. Zum einen handelt es sich bei diesen Attacken um das juristische Vorgehen gegen gewerkschaftlich und betrieblich Aktive bis hin zur Verdachtskündigung, die in offenem Widerspruch zur sonst geltenden Unschuldsvermutung steht. Zum anderen geht es hierbei um die massive psychische Beschädigung der Betroffenen - bis hin zur Vernichtung ihrer Existenz.

Geschäftsleitungen bedienen sich bei diesem Treiben nicht selten ihnen nahe stehender „Betriebsrats- Mitglieder“. Vor allem aber nehmen sie die hochbezahlten Dienste spezialisierter „Rechtsanwalts- Kanzleien“ (z. B. Naujoks oder Schreiner & Partner) sowie von „Beratern“ in Anspruch, deren Geschäft die Bekämpfung aktiver KollegInnen ist.

Von diesen Vorgehensweisen sind jedes Jahr nach konservativen Schätzungen wenigstens hunderte von gewerkschaftlich organisierten Betriebsratsmitgliedern direkt betroffen. Belegschaften werden durch die Kaltstellung ihrer demokratisch gewählten Interessenvertretungen eingeschüchtert und schutzlos gemacht. Nicht zuletzt sind auch die Familien der betroffenen Betriebsräte einem enormen Druck ausgesetzt, an dem sie oft zerbrechen.

Es ist bezeichnend, dass derartige Machenschaften offenbar in einem straffreien Raum stattfinden können. Arbeitsgerichte und Staatsanwaltschaften weigern sich im Allgemeinen, solche schweren Verstöße gegen das Grundgesetz und das Betriebsverfassungsgesetz wahrzunehmen oder gar ihnen Einhalt zu gebieten. Auch seitens des Gesetzgebers ist kein Eingreifen gegen diese immer weiter verbreitete Be- und Verhinderung von Betriebs- oder Personalratstätigkeit zu erkennen.

Es fehlt ein konsequenter bundesweiter Widerstand gegen derartige Formen des Klassenkampfes von oben. Das ist nicht zuletzt Aufgabe der Einzelgewerkschaften und ihres Dachverbands DGB, deren betriebliche Basis zunehmend bedroht wird.

Wir rufen deshalb im Sinne des Mannheimer Appells vom 11. Oktober 2014 dazu auf, die Grund- und Menschenrechte von Gewerkschaftsmitgliedern und Betriebsräten entschlossen zu verteidigen!

Die TeilnehmerInnen der 2. Konferenz „Betriebsräte im Visier“. Mannheim, den 17. Oktober 2015."

Unsere ständigen Aktivitäten und Mitgliedschaften:

AfA Landesvorstand BW:

Auf Landesebene vertritt uns Cordula Becker als Beisitzerin im Landesvorstand. Vertretungsweise Jörg Bertermann.

Solikomitee gegen BR-Mobbing:

Das Solikomitee trifft sich jeden 2. Montag im Monat in Mannheim. Uns vertreten Cordula Becker und Sebastian Sandrisser.

Betroffenen oder Interessierten können wir mehr Infos geben, einfach unseren Vorstand kontaktieren.

DGB-Kreisvorstand Heidelberg / Rhein-Neckar:

Der Kreisvorstand trifft sich an den offiziellen Sitzungsterminen alle 4 Wochen. Hier sind Cordula Becker und Gerhard Balner Mitglieder.

Bündnis für Toleranz Sinsheim:

Das Bündnis engagiert sich gegen Rechts, besonders im Raum Sinsheim. Uns vertreten Gerhard Balner (Sprecher des Bündnisses) und Cordula Becker. Vertretungsweise Jörg Bertermann oder Sebastian Sandrisser.

SPDKreisparteitage und Landesparteitage:

Ständige Teilnahme unserer Mitglieder als Delegierte und durch Einbringung diverser Anträge.

AfA Rhein-Neckar:

Unsere Sitzungen finden alle 4 Wochen, meistens Donnerstag abends, statt. Pro Quartal treffen wir uns Samstag morgens zu unserem „Arbeitsfrühstück“. Gerne können Interessierte (auch nicht SPD-Mitglieder) bei uns vorbeischaun. Wendet euch dafür an unseren Vorstand oder schaut auf unserer Homepage www.afa-rhein-neckar.de oder bei facebook <https://www.facebook.com/AfARheinNeckar/> .